

von denen ein großer Teil eine Änderung in der gesamten Politik wünscht und vielfach auch schon fordert, stellen sich die Brandt, Wehner, Erler usw. schützend und stützend vor das morsche, zum Untergang verurteilte Bonner Regime.

Ollenhauer versicherte in seiner Kölner Rede, es gehe ihm bei seiner „Kritik“ nicht um einen Mißtrauensantrag, sondern um die „Abwendung der Gefahr eines Zusammenbruchs des Vertrauens unseres Volkes in die Staatsführung“. Aber noch mehr. Er beteuerte, wenn es nach dem 13. August 1961 nicht zu einer noch schwereren Erschütterung des Adenauer-Regimes gekommen sei, wenn „sich diese schwere Erschütterung unseres politischen Lebens nicht als Staatskrise“ abgezeichnet habe, dann sei es nur der Sozialdemokratie zu verdanken.

In gleicher Weise äußerte sich am 14. Juli der stellvertretende Parteivorsitzende Wehner in einem Interview, das die „Welt am Sonntag“ mit ihm führte. Darin brachte Wehner zum Ausdruck, daß auch bei einer weiteren Verschärfung der politischen Lage in Westdeutschland die SPD an ihrem Vorschlag nach einer „Regierung der nationalen Konzentration“ festhalten werde. Auf die weitere Frage des Reporters „Würde die SPD eine Minderheits-Regierung der CDU/CSU dulden?“ antwortete Wehner: „Aber warum nicht? Ich kann mir vorstellen, daß eine solche Regierung unsere Zustimmung bekommen würde.“ Als Begründung führte er an: „Wir wollen die Bundesrepublik krisen- und katastrophensfest machen.“

Politik der Rettung

Um die klerikal-militaristische Diktatur des Adenauer-Staates „krisen- und katastrophensfest“ zu machen, unterstützen diese Herren die Notstandsgesetzgebung und die aggressive NATO-Politik von Strauß. Carlo Schmid hatte auf dem Kölner Parteitag z. B. nicht eiligeres zu tun, als zu erklären: „Zur NATO gibt es keine Alternative.“

In einer Situation, in der die Bonner Ultras schweren politischen Erschütterungen ausgesetzt sind und auch im kapitalistischen Ausland die Isolierung Adenauers und seiner Regierung zunimmt, betreiben die Führer der Sozialdemokrati-

schen Partei eine Politik der Konsolidierung und der Rettung der Herrschaft der Militaristen und Revanchisten.

An der Seite der Monopole

In gleicher Weise wie auf innen- und außenpolitischem Gebiet, stehen die Führer der SPD auf Wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet auf dem Boden des westdeutschen Monopolkapitals. In einer Zeit, die in Westdeutschland gekennzeichnet wird durch Kursstürze, durch den Zusammenbruch von Konzernen wie Borgward und Schlieker, in der die Wirtschaftskapitäne zum „Maßhalten“ auffordern, singen die Wirtschaftsexperten à la Deist Loblieder auf diese Maßhaltewirtschaft und rufen dazu auf, daß sich Konzernherren und Arbeiter „zu gemeinsamem Handeln vereinen“.

Dabei gibt Deist die heilige Versicherung ab, der Sozialdemokratischen Partei „geht es nicht um den Kampf gegen die Großwirtschaft, ihr geht es um ihre sinnvolle Einordnung in die Gesamtwirtschaft“; denn „Großunternehmen, Unternehmenszusammenschlüsse und Unternehmensverbände sind aus unserer modernen Wirtschaft nicht fortzudenken“. Aus diesen Worten spricht wahrlich die Seele des Vorsitzenden im Aufsichtsrat beim Bochumer Verein, seines Namens Heinrich Deist, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und registrierter westdeutscher Millionär.

Dieser gleiche Deist, der hier so warme Worte für seinen Auftraggeber im Krupp-Konzern findet, wandte sich auf dem Kölner Parteitag warnend, nach dem Motto „maßhalten“, an die Gewerkschaften, die Lohn- und Gehaltspolitik hätte ihre Grenzen, und man müsse heute Opfer bringen.

Soziale Demagogie

Dabei darf jedoch nicht unbeachtet bleiben, daß die Brandt und Wehner, besonders bei Parlamentswahlen, mit einer breiten sozialen Demagogie auftreten.

Die gegenwärtige Politik der sozialdemokratischen Parteiführung gibt keine Antwort, wie in Westdeutschland die nationalen und sozialen Fragen zu lösen sind. Die Brandt und Wehner orientieren sich nicht auf die Kräfte, die für eine Änderung der jetzigen Politik des Bon-